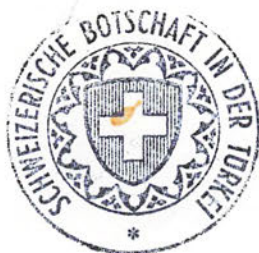


VERTRAULICH

P.B. Nr. 8 - LR/BUE

Ankara, 30. April 1990

Massnahmen der Regierung im Südosten des Landes

Die vor zwei Wochen ergriffenen, breit angelegten Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in den kurdischen Gebieten im Südosten des Landes hin zur irakisch-iranischen Grenze sind ein erster Hinweis dafür, dass man beginnt, das Kurdenproblem auf Regierungsebene ernstzunehmen. Bis jetzt war die Administration, allen voran Präsident Özal selber, geneigt, die terroristischen Anschläge als das Werk einer kleinen Anzahl gewalttätiger "Banditen" abzutun, denen man mit dem entsprechenden Einsatz von Ordnungskräften begegnen könne. Seit die Bevölkerung einiger Städte (Silopi, Nusaybin, Cizre) in den Strassen gegen die Zustände demonstrierte, d.h. vor allem gegen die Tatsache, dass sie sowohl von PKK-Mitgliedern als auch von Armee und Polizeikräften drangsaliert und in ihrer Existenz bedroht wird, schien es dem Präsidenten an der Zeit, das Problem grundsätzlicher anzugehen. Er versuchte dabei, vorgängig einen Konsensus herzustellen: er rief den Nationalen Sicherheitsrat zu Sitzungen zusammen; es gelang ihm, die Führer der Oppositionsparteien zum ersten Mal seit seiner Wahl zum Präsidenten in seiner Residenz zu versammeln; schliesslich präsierte er persönlich ebenfalls zum ersten Mal als Präsident der Republik am Montag, den 9. April die Sitzung des Ministerrates, an der die Massnahmen beschlossen wurden. Sie sind als Regierungsdekret erlassen, haben Gesetzeskraft, sind aber, obwohl dies von der Verfassung vorgeschrieben ist, im Parlament bis jetzt nicht behandelt worden.

Der Hauptakzent der Massnahmen liegt auf der Bekämpfung des Terrorismus durch repressive Massnahmen in den Provinzen im Ausnahmerecht, die dem ausserordentlichen Regionalgouverneur Kosakcioğlu unterstellt sind. Sie beschränken die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, verstärken die Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs, sehen vor, dass Einzelpersonen oder Personengruppen aus gewissen Regionen weggeschickt, also gewissermassen in ein internes Exil gesandt werden können. Eine weitere Gruppe von Massnahmen betrifft die Einschränkung der Pressefreiheit, sieht die Kontrolle und Zensur von Druckerzeugnissen und deren Beschlagnahmung vor, falls die Berichterstattung über das Geschehen in der Region verfälscht wiedergegeben und kommentiert wird. Betroffen davon sind nicht nur regionale Blätter, sondern die gesamte nationale Presse. Beschränkt wird auch die Bewegungsfreiheit der Journalisten usf. Zuständig für die Durchführung der Massnahmen sind der Regionalgouverneur und das Innenministerium, d.h. rein administrative Stellen, unter Ausschluss der Gerichte.

Als Gegengewicht zu diesen Einschränkungen verfügte die Regierung, dass Vorkehrungen getroffen werden sollten, die das materielle Los der Bevölkerung im Südosten verbessern sollten. Beschlossen wurde, 90'000 zusätzliche Arbeitsplätze bereitzustellen, wovon etwas mehr als die Hälfte durch den Staat, sowie die Schaffung zweier neuer Provinzen in Batman und Sirnak. Diese Städte werden dadurch über ein Provinzbudget und eigene Sicherheitskräfte verfügen; Ministerien und staatliche Agenturen werden Vertretungen einrichten. Schliesslich hat der Regionalgouverneur im Anschluss an den Kabinettsbeschluss einige Massnahmen getroffen, die dazu dienen sollen, die Sicherheitskräfte besser unter Kontrolle zu bringen und so mögliche Konfrontationen mit der Bevölkerung einzuschränken.

Bemerkenswert an den Massnahmen ist der Umstand, dass es Präsident Özal vorerst einmal gelang, die Oppositionsparteien dafür zu gewinnen, im Südosten des Landes etwas zu tun, um das Wirken separatistischer Kräfte und die Erfolge der PKK bei der Bevölkerung einzudämmen. Die Massnahmen wurden von den verschiedenen Parteiführern scheinbar genehmigt, wenn auch nicht in ihrem Ausmass, insbesondere was die Einschränkung der Pressefreiheit sowie die Bestimmungen über das interne Exil betrifft.

Es versteht sich von selbst, dass die Pressevertreter, in eigener Sache schreibend, die Einschränkung ihrer Freiheiten scharf kritisierten. Sie wurden dabei von İnönü, dem Führer der Sozialdemokraten, und insbesondere von Demirel, dem Chef der rechten Oppositionspartei, anfänglich unterstützt. Indessen scheint es, als hätten sie in der öffentlichen Meinung nicht das erwünschte Echo gefunden. Die Sorge über die Erhaltung des Staates ist ganz offensichtlich grösser als die Sorge über die Beschränkung der Rechte der Massenmedien. Jedenfalls ist die Kritik schnell wieder abgeflaut. Die Feierlichkeiten zum Ende des Ramadans mögen dazu beigetragen haben. Ein bestens informiertes und seriöses Presseorgan schreibt im übrigen, dass die Massnahmen gegen die Presse viel weniger die im Felde arbeitenden Journalisten betreffe, sondern vielmehr die Redaktionsstuben in Ankara und Istanbul, wo Chefredaktoren und ihr Stab damit rechnen müssen, zur Verantwortung gezogen zu werden. Kein Zweifel besteht für den Beobachter darüber, dass in den vergangenen Wochen öfters übertriebene, auf Effekt und Sensationshascherei abzielende Berichte über das Geschehen in den kurdischen Gebieten veröffentlicht worden sind. Ein Parlamentarier der Mutterlandspartei, im Parlament zuständig für die Menschenrechtsfragen, sagte mir, dass es in erster Linie darum gehe, die Verleumdung der Regierung und ihrer Organe und die Aufwiegelung des Volkes durch die Verbreitung von Gerüchten abzuwehren. Im übrigen werde die Zukunft zeigen müssen, ob die Beschränkung der Pressefreiheit so zurückhaltend gehandhabt werde, dass sie auch vom Standpunkt der Beachtung der Menschenrechte aus nicht zu verurteilen sei. İnönü seinerseits liess sich in einem kleinen Kreis von Missionschefs dahin vernehmen, dass er die Massnahmen im grossen und ganzen akzeptiere, der Beschränkung der Pressefreiheit und allfälligen Deportationsmassnahmen nur aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen könne. Aber auch er schien nicht bereit, dagegen gross ins Feld zu ziehen.

- 3 -

Ernster zu nehmen als die Kritik der Presse und der Oppositionsparteien scheint deshalb die anfänglich eher negative Stellungnahme kurdischer Parlamentarier. Sie wissen um die tribalen Auseinandersetzungen in ihrer Region - jahrhundertealtes Krebsübel der kurdischen Gesellschaft - und mögen befürchten, dass die Massnahmen innerhalb der kurdischen Bevölkerung zu Misstrauen, Diffamierung und gar Denunziation führen könnten. Auch von daher gesehen hängt somit Entscheidendes davon ab, mit wieviel Geschick und Fingerspitzengefühl das errichtete Dispositiv gehandhabt werden wird.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER


Adolf G. Lacher